

BURKHARD BALZ

Mitglied des Europäischen Parlamentes

9. Januar 2011

Rede anlässlich Neujahrsempfangs in Vörie (Region Hannover)

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Schmidt,

ich freue mich, zum ersten Neujahrsempfang in diesem Jahr hier bei Ihnen zu sein. Sehr gerne bin ich aus dem benachbarten Schaumburg nach Vörie in die Region Hannover gekommen, um...

...mich Ihnen vorzustellen,

...Ihnen von meiner Arbeit im Europäischen Parlament zu berichten,

...und – natürlich – Ihnen ein frohes und gesundes Jahr 2011 zu wünschen.

Zum Jahreswechsel sehen wir auf den unterschiedlichen TV-Kanälen oder in den Zeitungen und Zeitschriften die zahlreichen Jahresrückblicke aus der Medienwelt. Sei es ein englischer Prinz und ein monegassischer Fürst, die die Frauen für das Leben gefunden und jeweils ihre Verlobungen verkündet haben, oder sei es, dass relativ unerwartet innerhalb von vier Wochen ein Niedersachse zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Natürlich wird dabei auch an schlimme Ereignisse wie das Erdbeben in Haiti oder das Unglück während der Love-Parade in Duisburg erinnert, deren Opfern und Angehörigen dieser Katastrophen unsere Anteilnahme galt.

Am emotionalsten war sicher die Bergung der verschütteten Bergleute in Chile. Sicherlich haben alle von uns aufgeatmet, als die Radio- und Fernsehsender meldeten, dass auch der letzte Kumpel unversehrt wieder an der Erdoberfläche angekommen ist.

Beim Betrachten dieser Meldungen schwenken wir aber unseren Blick natürlich auch unweigerlich auf unser persönliches Jahr 2010:

- Was ist im Jahr 2010 Ereignisreiches in meinem Leben geschehen?
- Welche Tage und Begegnungen sind mir besonders in Erinnerung geblieben?

Viele von Ihnen denken dabei wahrscheinlich an Geburtstage, Hochzeiten im Verwandten- oder Bekanntenkreis oder an den letzten Urlaub.

Auch, oder sogar besonders berufliche Erfolge rücken in den Mittelpunkt unserer Erinnerungen.

Wenn ich auf mein persönliches Jahr 2010 schaue, habe ich viele Erinnerungen daran, was ich im Rahmen meines Mandates als Europa-Abgeordneter erlebt habe.

Kurz zu meiner Person: Ich wurde bei der Europa-Wahl am 07. Juni 2009 – also vor ca. eineinhalb Jahren - in das Europäische Parlament gewählt. Aus meinem vorherigen Beruf als Abteilungsdirektor bei der Commerzbank in Hannover konnte ich viele Erfahrungen aus dem finanz- und wirtschaftspolitischen Bereich in mein Mandat mit einbringen. Im Europäischen Parlament bin ich ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung - einem der derzeit wichtigsten Ausschüsse - und habe dort die Position des Vize-Koordinators (Sprecher) der EVP-Fraktion inne. Außerdem bin ich stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, was besonders für unsere Region ein sehr wichtiges Politikfeld ist.

Ende 2009 hat das Europäische Parlament beschlossen, einen Sonderausschuss zur Finanz- und Wirtschaftskrise einzusetzen, dem ich ebenfalls angehöre. Die 45 Mitglieder dieses Ausschusses untersuchen das Ausmaß und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den Mitgliedstaaten und machen Vorschläge zu Maßnahmen zum Wiederaufbau stabiler Finanzmärkte.

Mit dem Jahr 2010 geht für mich persönlich ein ereignisreiches Jahr zu Ende. Im Januar 2010 stand die Wahl der neuen EU-Kommission im Mittelpunkt, die für die Interessen Deutschlands weitestgehend erfolgreich verlaufen ist. Zudem war das Jahr europapolitisch gekennzeichnet von Maßnahmen zur Regulierung der Europäischen Finanzmärkte und nicht zuletzt von den Bestrebungen, unsere Währung – den Euro – zu stabilisieren.

Ohne einen stabilen Euro kommen auch für uns ganz persönlich Unsicherheiten auf, und wir fangen an, wichtige Fragen zu stellen:

Was wird nur aus unserem Geld? Was wird aus dem Euro? Wenn wir über dieses Thema diskutieren blicken wir in dieser Zeit in besorgte Gesichter.

Es ist nicht einmal ein Jahr vergangen, seit ein nie denkbares Szenario möglich schien: die Pleite eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, der Zerfall unserer Gemeinschaftswährung, sogar der Kollaps der Europäischen Union.

Durch stark meinungsversierte Berichterstattung der Medien und häufig wechselnde Wortmeldungen aus Politik und Wirtschaft fühlen sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Recht zunehmend verunsichert. Was aus den wirtschaftspolitischen Ereignissen der letzten 24 Monate deutlich zu erkennen ist: Die Krisenintervalle werden immer kürzer.

Auf die Bankenkrise folgte die Griechenland-Krise, die nur nach kurzem Zeitabstand von der irischen Krise eingeholt wurde. Aus der privaten Schuldenkrise am amerikanischen Immobilienmarkt ist längst eine Schuldenkrise der westlichen Industriestaaten geworden.

Nach der Dominotheorie werden Portugal und Spanien zu den nächsten Kandidaten gehören, die den Euro-Rettungsschirm der Mitgliedsstaaten in Anspruch nehmen. Auch werden schon weitere Länder wie Belgien und Italien als mögliche Kandidaten genannt. All dies trägt selbstredend nicht zur Vertrauensbildung bei. Wenn bereits Massenmedien Schlagzeilen produzieren wie: "Kommt bald die D-Mark zu uns zurück?", wundert man sich nicht, dass die Verunsicherung in den deutschen Haushalten steigt.

Und dabei hat Deutschland vom Euro mehr profitiert, als viele Annehmen: Dies zeigt sich unter anderem an der substantiellen Zunahme des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs im Euroraum. Annähernd die Hälfte der Ex- und Importe europäischer Mitgliedsländer wird im europäischen Binnenmarkt abgewickelt. Zwei Drittel aller deutschen Exporte gehen in Länder der Europäischen Union. Die deutschen Warenexporte in die Eurozone haben bei einem Vergleich von 1999 bis 2009 um 48% zugenommen.

Die gemeinsame Währung fördert den Wettbewerb, die Preistransparenz über die Landesgrenzen hinweg und senkt die Transaktionskosten der Industrie und der Dienstleistungsunternehmen, da auch das Wechselkursrisiko nicht mehr abgesichert werden muss.

Die Kaufkraft im europäischen Binnenmarkt ist gewaltig: Anbieter treffen auf 500 Millionen potenzielle Kunden. Allein nach Angaben der deutschen Industrie sichert der europäische Binnenmarkt mithin mehr als fünf Millionen Arbeitsplätze. Europas Bürger können die Preise besser

miteinander vergleichen und nehmen eine deutlich stärkere Position bei der Verwirklichung von Verbraucherrechten ein.

Deutschland und seine Bürger profitieren von der Europäischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, sie leisten ohne Zweifel auch viel für Europa.

Nun ist aber Deutschland auch mit einem fast 20%igen Anteil der größte Beitragszahler der EU.

Viele Bürgerinnen über Bürger, die dies hören ärgern sich, warum es wieder die Deutschen sind, die das meiste Geld in die Gemeinschaft investieren müssen. Ich sage Ihnen aber: Das Geld ist gut angelegt, denn Europa ist für Deutschland keine Einbahnstraße. Ein gutes Beispiel sind die Agrarausgaben: Ein Großteil, immerhin 64%, der deutschen Beiträge für den Agrarhaushalt, fließt wieder in die deutsche Landwirtschaft zurück. Und wie Sie wissen ist die Landwirtschaft gerade für das Flächenland Niedersachsen und das Hannoversche Umland enorm wichtig.

Darüber hinaus profitieren gerade wirtschaftlich schwächere Gebiete in der Bundesrepublik von den rund 25,5 Milliarden Euro, die im siebenjährigen Finanzrahmen über die Strukturfonds-Förderung ausgezahlt werden.

Diese Erfolgsgeschichte des Euros steht natürlich auf der einen Seite der Medaille. Wir alle wissen – und ich habe es eben angedeutet – dass die Haushalte vieler Europäischen Mitgliedsstaaten erhebliche Defizite darstellen. Zwölf EU-Staaten wiesen im Jahr 2009 eine Verschuldungsquote von mehr als 60% ihres Bruttoinlandsprodukts auf, angeführt von Griechenland mit fast 123%, Italien mit 116% und Belgien mit 96%, gefolgt von Ungarn, Frankreich, Portugal und Deutschland mit Werten in der 70er Skala. Der Schuldenstand der Eurostaaten lag im Mittel bei 79,2%. *(Das Zahlenwerk der europäischen Statistikbehörde Eurostat spricht von einem jährlichen durchschnittlichen öffentlichen Defizit von 6,3% im Euroraum bzw. 6,8% in der gesamten EU.)*

An dieser Stelle ist die Europäische Union gefordert, klare Maßstäbe zu setzen und dabei auch finanzielle Hilfestellungen zu geben. Auch hier greift das bewährte Prinzip: Fordern und Fördern:

So hat zum 1. Januar 2011 – also vor acht Tagen - die neue Europäische Finanzaufsicht ihre Arbeit aufgenommen. Die drei Behörden - jeweils eine für den Banken-, den Versicherungs- und Wertpapiersektor - werden künftig ein Einspruchsrecht haben, wenn die nationalen Aufseher gegen

Gemeinschaftsrecht verstoßen, in Notfallsituationen nur unzureichend tätig werden oder sich uneinig sind.

Diese und weitere Maßnahmen sind unbedingt notwendig, um dem Euro den nötigen Rückhalt zu geben.

Auf der anderen Seite steht der Euro-Rettungsschirm, und dabei handelt es sich weiß Gott nicht um reine Geldgeschenke. Deutsche Kredithilfen fließen nur unter strengen Bedingungen nach Griechenland, das sich einem nie da gewesenen Spar- und Reformprogramm unterworfen hat. Im Fall des Euro-Rettungsschirms stellen die Mitgliedsstaaten zunächst nur Kreditgarantien bereit, die in Not geratenen Ländern vorerst nur eine klare Sicherheit bietet, und auf den nur unter strengen Auflagen zugegriffen werden kann. Zahlen die betreffenden Staaten die Kredite rechtzeitig zurück, bleiben deutsche Steuergelder unberührt. Die Einhaltung der Spar- und Reformziele werden fortlaufend von europäischer Stelle und vom Internationalen Währungsfonds überwacht.

Die Schuldenkrise in Europa ist längst nicht ausgestanden, es steht viel auf dem Spiel. Doch wäre auch eine wieder auferweckte D-Mark kein Heilsbringer, da sie als Einzelwährung enorm aufwerten und damit unserer Exportstärke und der guten Arbeitsmarktsituation ein Ende setzen würde.

Der schnelle Aufstieg als global zweitwichtigste Währung hinter dem US-Dollar spiegelt nur eine der vielen Stärken des Euros wider: Der Euro hat die Inflation niedrig gehalten, er macht einen grenzüberschreitenden Preisvergleich und damit mehr Wettbewerb zu Gunsten des Verbrauchers möglich. Zudem beschert er unseren Unternehmern Planungssicherheit und ungeahnte Investitions- und Absatzmöglichkeiten in einem Binnenmarkt mit rund 500 Millionen Menschen.

Der Euro wird überleben, er muss überleben, zum Vorteil von uns allen.

Als ich vor einem Jahr auf Neujahrsempfänge als Redner eingeladen wurde habe ich gesagt:

„Wir wollen insgesamt stärker aus dieser Krise hervorgehen, als wir hineingeraten sind. Diese Chance haben wir, und diese Chance sollten wir nutzen. Das bedeutet aber, dass wir Mut weitergeben und nicht jedes Detail über Wochen und Monate hinweg diskutieren. Dieses Land braucht die vermittelte Nachricht, dass wir gemeinsam bereit sind, den Menschen die Zuversicht, die dieses Land in Ausnahmesituationen immer wieder ausgezeichnet hat, zu geben. Die Menschen in diesem Land haben in Ausnahmesituationen immer wieder Außergewöhnliches geleistet. Das sollten wir durch eigenes Handeln unterstützen.“

Ich hoffe, ihnen mit meinen Worten ein wenig Mut gemacht zu haben. So wie nun nach einer langen und harten Krisenzeit in Deutschland, sich die Zahlen ins Positive umkehren, so wird auch der Euro und seine Verlässlichkeit wieder in ein positives Licht gerückt werden.

Die konjunkturellen Zahlen in Deutschland haben mir in meiner Prognose von vor einem Jahr Recht gegeben. Auch der Euro wird durch die Maßnahmen, die die Europäische Union umsetzt, wieder einen Imagegewinn erfahren.

Nun blicken wir auf das Jahr 2011. Auch da werden wir vor Herausforderungen stehen, die vielleicht auch sehr wenig mit unserer Währung zu tun haben: Klimawandel, demografische Veränderungen mit einer älter werdenden Gesellschaft, die zunehmende Internationalisierung von Wissenschaft und Wirtschaft, die Individualisierung mit dem Wunsch vieler Menschen, an der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft und an politischen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt zu werden. Das alles wird die Politik angehen - und das gelingt nur in einem großen Gemeinschaftswerk. Dazu möchte ich Sie heute einladen.

Ich zähle auf Sie und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein erfülltes, gesundes, glückliches Jahr 2011.

Herzlichen Dank